


3. September 2010

## **Meinungsfreiheit in Deutschland - ein Fremdwort**

Die Lage der Nation ist ernst. Unsere Grundrechte werden mit Füßen getreten, die Freiheit ist in Gefahr. Unsere eigenen Politiker versuchen sie uns zu rauben. Jeder freie Germane müßte nun empört aufspringen und mit seinem Speer gegen den Schild schlagen, bis die ganze Erde dröhnt. Die freie Meinungsäußerung ist in einem Land wie der Bundesrepublik zu einem knappen Gut geworden. Wie weit reicht die Schafsgeduld dieses Volkes eigentlich noch, ehe es sich gegen seine Peiniger erhebt? Denn das Maß des Zumutbaren ist nun endgültig überschritten. Wir wurden nicht gefragt, als der Euro eingeführt wurde, und wir werden nicht gefragt, ob wir dieses gemeinsame Europa, das uns in bezug auf unsere freie Selbstbestimmung nur Nachteile eingebracht hat, überhaupt wollen, und wenn ja, zu welchem Preis wir bereit sind, unser Land aufzugeben. Amerikaner tummeln sich nach wie vor auf unseren Truppenübungsplätzen, obwohl der kalte Krieg längst vorbei ist. Wir sind ein Volk von Sklaven geworden, und nicht von freien Männern, aber keiner von uns steht auf, um für seine Freiheit einzutreten, sondern wir lassen alles wie Maulesel geduldig über uns ergehen. Unsere Politiker stoßen das ins Horn, was ihnen die Geheimdienste fremder Mächte soufflieren. Unter diesem Zwang fortlaufender Erpressungen sind keine unabhängigen Entscheidungen mehr möglich. Denn wie kann es sein, daß die, die uns regieren, entgegen dem vom Volk erteilten Auftrag kontinuierlich gegen uns handeln, anstatt zu unseren Gunsten zu entscheiden? Schaut man nämlich auf die Umfrageergebnisse, so will das Volk etwas ganz anderes als das, wozu die Politik uns täglich zwingt. Was, so frage ich, ist diese Demokratie wert, die ähnlich dem Zwang unter der Folter zu ganz anderen Aussagen gelangt, als es Volkes Wille ist? Gerne beteilige ich mich an jedem gewaltfreien Umsturzversuch, wenn ich in Deutschland nur drei freiheitlich gesonnene Männer finde, die für ihre Freiheit bereit sind, zu Märtyrern zu werden. Ein Grundgesetz, welches nur unter dem Druck der Alliierten zustande kam und nicht in freier Selbstbestimmung unterzeichnet wurde, lehnen wir ab. Die freie Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift ist uns heilig, jeglicher Unterdrückungsversuch ein Sakrileg. Schon gar nicht dulden wir einen Maulkorberlaß, der nur dazu angetan ist, dem Ausland zu schmeicheln, dem eigenen Volk dagegen die Stimme zu rauben. Wir lassen uns auch nicht länger für Verbrechen verantwortlich machen, die wir weder selbst begangen haben noch durch unsere Vorfahren daran beteiligt waren. Bei wichtigen Entscheidungen, die weichenstellend für die Zukunft eines Volkes sind, ist dieses maßgeblich am Zustandekommen zu beteiligen. Das Volk soll selbst bestimmen, ob es dem Bau von Moscheen zustimmt oder lieber möchte, daß Synagogen geschlossen werden. Wir lassen uns weder in Kriege hineinziehen noch boxen wir andere aus solchen heraus, wenn wir es nicht gemeinschaftlich für gut finden. Und durch ein Scherbengericht stimmen wir ab, wenn wir eines Politikers überdrüssig geworden sind. Keinesfalls aber nehmen wir weiterhin in Kauf, daß wir von zwei Möglichkeiten nur eine gleich schlechte Wahl treffen können, sondern wer regieren möchte, muß mit der einfachen Mehrheit dazu in der Lage sein. Ist er es nicht, muß er sich vorher mit einer anderen Partei konsolidieren und auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen, damit Politik wieder einheitlich gestaltet werden kann und einem gemeinsamen Willen unterliegt. Durch Menschenrechte lassen wir uns nicht fremdbestimmen, denn

alles, was nicht von sich aus Eingang in unsere Gesetze gefunden hat, wurde dort auch nicht als sinnvoll erachtet. Brüssel soll Brüssel bleiben, wir regieren uns selbst. Wir planen unsere eigene Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, der andere sich gerne anschließen können. Ohne einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat muß die UNO eben zusehen, wie sie ohne uns zurechtkommt, denn wir lassen uns nicht länger bieten, daß man unser Engagement zwar will, uns im übrigen aber weiterhin Unzurechnungsfähigkeit bescheinigt. Ich glaube, wir können uns sehen lassen, wenn Länder wie Iran es auch können. Was aber gar nicht passieren darf ist, daß Deutscher wird, wer weniger als drei Generationen im Lande gelebt hat und sich somit nur ein geringes Mitspracherecht erworben hat. Wer sprachliche oder Bildungsgrundanforderungen nicht zufriedenstellend erfüllt, mag sich außerhalb des Landes eine Bleibe suchen, denn keiner wird gezwungen, als Einschleicher länger bei uns zu bleiben. Insgesamt geht es wohl ohne ein größeres Ausmisten und Trockenlegen der Sümpfe in der christlich-sozialen Moorlandschaft Deutschlands nicht mehr ab, wobei man der Kanzlerin und ihrem Günstling nur sehr ans Herz legen kann, sich rechtzeitig aus der Politik zurückzuziehen. Betrachtet man nämlich die Vorgänge um den jüngst abgesetzten Bundesbank-Vorstand Sarrazin, der hauptsächlich auf Betreiben Merkels seinen Hut nehmen mußte, so erweist sich vollständig, daß in Deutschland gegen das Volk regiert wird. Denn wie kann es sein, daß jemandes Thesen nach den Umfrageergebnissen in der Bevölkerung ca. 90 % Zustimmung finden, die Kanzlerin aber dennoch an der Öffentlichkeit vorbeizugiert? Und wieder zeigt sich die einflußreiche fremde Macht, der sie sich zu beugen hat, ganz im Stile früherer Kaiser, die ständig in Kreditnot waren. Ihre Handlung begründet sie wie immer mit dem Ansehen Deutschlands im Ausland, welches nicht geschädigt werden darf. Doch welches Ansehen mag sie wohl meinen? Eines, das längst nicht mehr vorhanden ist! Man betrachte nur einmal die Spottkolumnen derer, die wir kontinuierlich über Wasser halten, weil sie sich selbst nicht versorgen können, und die sich dafür noch undankbar erweisen. Es macht keinen Sinn, solche im Lande zu beschäftigen, deren Schulden wir anschließend zurückzahlen dürfen. Einen Beitrag zu unserer Rente können sie aufgrund ihrer niedrigen Einkommen ohnehin nicht leisten. Vielmehr zahlen letztendlich wir ihnen noch die Rente, die doch für uns selbst kaum ausreicht. Hätte es den deutschen Rettungsschirm nicht gegeben, so wäre die Deutsche Bank, die sich überreichlich mit griechischen Staatsanleihen eingedeckt hat, längst pleite gegangen. Dieser Betrag ist abzuziehen, wenn von einem wirtschaftlichen Beitrag der Rucksackdeutschen die Rede ist, und dann kommt unter dem Strich, wie Herr Sarrazin richtig festgestellt hat, wirklich eine Null oder sogar ein Minus heraus. Hätte Frau Merkel nicht Herrn Ackermann zu ihrem Geburtstag eingeladen, wären uns diese Zusammenhänge wohl gänzlich verborgen geblieben. Es zeigt sich auch, in wessen Händen im Lande die Macht liegt und wer sich am Volksvermögen bereichert. Für wie dumm hält diese Regierung uns eigentlich? Letztendlich kommen wir um ihren Rücktritt nicht herum. Überhaupt erscheint verfassungswidrig, sich zur Beschaffung von Krediten ausländischer Staatsanleihen zu bedienen, weil unser Land dadurch de facto ausverkauft wird. Darüber kann auch nicht hinwegtrösten, daß sämtliche Staaten sich wechselseitig ihrer Staatsanleihen bedienen, während man im gleichen Atemzug deswegen gegen die Banken wettet. Nicht nur das Bankensystem gehört neu geregelt, sondern auch die jeweiligen Staatsapparate. Deutschland steht der Kollaps nahezu unmittelbar bevor, ebenso wie die Weimarer Republik einst scheiterte. Man hat aus der Vergangenheit eben nichts gelernt, und das ist um so schmerzlicher, als 50 % der Schulabgänger in diesem Lande Abitur haben. Also ich persönlich habe keine Lust, für diese Regierung noch länger einzustehen und ihre dubiosen Machenschaften mitzutragen. Daher wünsche ich mir, daß die demokratische Revolution möglichst bald kommt. Es liegt eben in der Natur aller Lebewesen, daß der Stärkere dem Schwächeren Unrecht zufügt, denn



*Unrecht ist in allen Seelen eingerichtet,  
und wenn ihr jemand seht, der Unrecht nicht begeht,  
dann hat er einen Grund, weshalb er darauf verzichtet.*

Arabische Weisheit, Usâma Ibn Munqidh